

Glossar der wichtigsten Begriffe

A

Agenda 2000	Das Aktionsprogramm „Agenda 2000“ wurde von der Europäischen Kommission am 15. Juli 1997 vorgelegt. Die Kommission entsprach damit der Forderung des Europäischen Rates von Madrid im Dezember 1995, ein Dokument zur Erweiterung und zur Reform der Gemeinschaftspolitiken sowie zum Finanzrahmen der Union für die Zeit nach dem 31. Dezember 1999 vorzulegen. Beigefügt sind die Stellungnahmen der Kommission zu den Beitrittsanträgen. Die Agenda 2000 behandelt alle Fragen, die sich für die Europäische Union zu Beginn des 21. Jahrhunderts stellen werden.
Aktionslinie	Leitlinien zur Ergreifung bestimmter Initiativen innerhalb eines Programms.
Amsterdamer Vertrag, Vertrag von Amsterdam	Der Amsterdamer Vertrag ist das Ergebnis der Regierungskonferenz, die auf der Tagung des Europäischen Rates von Turin 29. März 1996 eingeleitet wurde. Er wurde am 2. Oktober 1997 von den Außenministern der fünfzehn Mitgliedstaaten unterzeichnet und trat am 1. Mai 1999 in Kraft. Mit dem Amsterdamer Vertrag sind Bestimmungen des Vertrags über die Europäische Union (EU-Vertrag), der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften und einige mit diesen Verträgen zusammenhängende Rechtsakte geändert worden. Er ist nicht an die Stelle der übrigen Verträge getreten, sondern ergänzt sie.
Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften	Veröffentlichungsmedium von geschaffenen Rechtsakten und Kodifikationen, Ausschreibungen, Mitteilungen.
Anhörung (Hearing)	Teil der Evaluierung von TP und NoE. Hier wird Antragstellern die Möglichkeit gegeben, Unklarheiten bezüglich ihres Antrags direkt auszuräumen.
Arbeitsprogramm (Work Programme)	Definiert die spezifischen Maßnahmen, Forschungsgebiete und einen unverbindlichen Zeitplan, die für die Implementierung eines Spezifischen Programms notwendig sind.
Assoziierter Kandidatenstaat	Ein assoziierter Staat, der von der Gemeinschaft als Kandidat für einen Beitritt zur Europäischen Union anerkannt ist und im RP wie ein Mitgliedstaat behandelt wird.



Assoziierter Staat	Ein Staat, der mit der Gemeinschaft ein völkerrechtliches Abkommen geschlossen hat, nach dessen Bedingungen oder auf dessen Grundlage er in bestimmten Politikbereichen eine engere Zusammenarbeit mit der Europäischen Union anstrebt.
Auditzeugnis	Prüfbescheinigung, in der die Ausgaben des Teilnehmers von einem externen Wirtschaftsprüfer oder – bei öffentlichen Stellen – von einem dafür zuständigen Bediensteten des öffentlichen Dienstes bestätigt werden.
Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen, Ausschreibung	Wird im Amtsblatt der Kommission veröffentlicht und fordert zur Einreichung von Vorschlägen zu Forschungsprojekten und sonstigen Maßnahmen in einem spezifischen Forschungsprogramm auf.
Aufstockung	Beantragung zusätzlicher Mittel wegen Einbindung neuer Partner.
Ausschlusskriterien (Eligibility criteria)	Kriterien, die in den Anträgen erfüllt sein müssen, damit sie zur Begutachtung zugelassen werden.
B	
Begleitmaßnahmen	Geförderte Maßnahmen, die die Umsetzung eines Spezifischen Programms ermöglichen.
Beitrittskandidaten	Staaten, die Antrag auf den EU-Beitritt gestellt haben. Folgende Kriterien (Kopenhagener Kriterien) müssen bei der Aufnahme beachtet werden: <ul style="list-style-type: none">■ Politik: institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz der Minderheiten;■ Wirtschaft: funktionstüchtige Marktwirtschaft;■ Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes (Acquis communautaire): Die Länder müssen sich die Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion zu eigen machen;■ Aufgrund des Assoziierungsabkommens, das seit dem 29.10.2002 in Kraft getreten ist, sind diese Staaten voll an das Rahmenprogramm assoziiert und den Mitgliedsstaaten gleichgestellt. Folgende Staaten sind Beitrittskandidatenstaaten: Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Türkei, Zypern.
Benchmarking	Vergleich unterschiedlicher Modelle, Konzepte, Strukturen usw. incl. Definition und Analyse der Unterschiede mit dem Ziel, für unterschiedliche Umgebungen das jeweils Beste definieren zu können.
Bereits bestehendes Know-how	Informationen, über die die Teilnehmer vor Abschluss des Vertrags verfügen oder die sie parallel zum Vertrag erwerben, sowie die Urheberrechte oder die mit den genannten Informationen verbundenen Rechte aufgrund der Beantragung oder Erteilung eines Patents, eines Gebrauchs-, Geschmacksmusters oder Sortenschutzes, eines ergänzenden Schutzzeugnisses oder einer ähnlichen Form des Schutzes.

Beteiligungsregeln	Verordnung über die Regeln der Beteiligung von Unternehmen, Forschungszentren und Hochschulen an der Durchführung des 6. RP der EG sowie für die Verbreitung der Forschungsergebnisse.
Bewertungshandbuch (Evaluation Manual)	Richtlinien für die Bewertung von Projektvorschlägen.
Bewertungsliste (ranking-list)	Durch die unabhängigen Gutachter erstellte Bewertungsreihenfolge der Projekte.
BRITE	Programm „Industrielle Werkstoffe und Technologien“, das unter dem 4. FTE-Rahmenprogramm (1994-98) durchgeführt wurde.
Budget	Kostenvoranschlag für die von der Kommission lancierten Ausschreibungen oder alle für eine indirekte Maßnahme erforderlichen Mittel und erwarteten Belastungen.
C	
Clustering	Zusammenführung bzw. Zusammenarbeit bereits geförderter und thematisch verwandter Projekte auf freiwilliger Basis um Synergieeffekte zu nutzen.
CORDIS	Abkürzung für Community Research and Development Information Service, Informationsdienst für Forschung und technologische Entwicklung der Gemeinschaft (www.cordis.lu).
COST	Abkürzung für: Coopération Européenne dans le domaine de la recherche scientifique et technique Initiative, in der 33 Nationen zusammengeschlossen sind (EU-Mitgliedstaaten, Bulgarien, Estland, Island etc.) mit dem Ziel, Forschungsvorhaben der Grundlagenforschung und angewandter Forschung zu initiieren und sich je nach Schwerpunkt des Landes zu beteiligen.
Cost Statement	Kostenaufstellung über die Ausgaben eines Projekts zur Berichterstattung an die Kommission.
D	
Deliverables	Definierte Projektziele, über deren Erfüllung in den Berichten an die Kommission Rechenschaft abgegeben werden muss.
Demonstrationsvorhaben	Projekte, die unter den FTE-Rahmenprogrammen eingerichtet wurden, um die Durchführbarkeit neuer Technologien nachzuweisen, die potentielle wirtschaftliche Vorzüge aufweisen aber nicht vermarktet werden können.
Direkte Maßnahme	Eine FTE-Tätigkeit, die die GFS in Erfüllung der ihr im Rahmenprogramm 2002 – 2006 übertragenen Aufgaben durchführt.



Drittland Ein Staat, der weder ein Mitgliedstaat noch ein assoziierter Staat ist.

E

e-Europe-Initiative	Aktionsplan zur Beschleunigung des Strukturwandels durch Informations- und Kommunikationstechnologien.
EG-Vertrag (EGV)	Vergemeinschaftete, d. h. rechtlich bindende Grundlage der Europäischen Gemeinschaft.
EPSS (Electronic Proposal Preparation and Submission System)	Softwaretool, das Antragstellern unter Verwendung der entsprechenden Formulare bei der Anfertigung des Antrags hilft.
ERA-NET	Neue Maßnahme zur Stärkung des Europäischen Forschungsraums.
Erfahrene Forscher	Wissenschaftler mit mindestens vier Jahren Forschungserfahrung nach der Graduierung oder einer abgeschlossenen Promotion, Förderkategorie im Bereich Humanressourcen und Mobilität/Marie-Curie-Maßnahmen („experienced researchers“).
EU-Erweiterung	<p>Mit dem Begriff Erweiterung wurden zunächst die vier Beitrittswellen seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft bezeichnet. Dabei sind zu den sechs Gründerstaaten – Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und Niederlande – nach und nach neun weitere Länder hinzugekommen:</p> <ul style="list-style-type: none">1973: Dänemark, Irland und das Vereinigte Königreich;1981: Griechenland;1986: Portugal und Spanien;1995: Österreich, Finnland und Schweden. <p>Angesichts der großen Zahl beitrittswilliger Länder (13; mit 12 von ihnen hat die Europäische Union bereits Beitrittsverhandlungen aufgenommen) kommt dem weiteren Ausbau der Union heute insofern eine besondere Bedeutung zu, als das aus dem Vertrag von Rom hervorgegangene System nach allgemeiner Überzeugung in einer 25 bis 30 Mitglieder umfassenden Union nicht mehr effizient funktionieren kann.</p> <p>Jede Erweiterung im Rahmen des derzeitigen Systems könnte sich negativ auf die Arbeitsweise der Organe und die Entwicklung der Gemeinschaftspolitik auswirken. Damit der Erweiterungsprozess die Vertiefung der europäischen Integration nicht behindert, sollte die Erweiterung mit einer Reform der Organe und bestimmter Politikbereiche der Union einhergehen.</p>
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft, rechtliche Grundlage für die Zusammenarbeit im Bereich der Atomenergie und Atomforschung. Hier werden Forschungs- und Ausbildungsmaßnahmen im Bereich der Kernforschung umgesetzt. EURATOM wurde 1957 gemeinsam mit der Europäischen Wirtschafts-Gemeinschaft (EWG) und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) durch die Rö-

	<p>mischen Verträge gegründet und 1993 mit dem Maastrichter Vertrag zu einer Säule der EG zusammengeschlossen.</p>
EUREKA	<p>Initiative, in der 22 Nationen zusammengeschlossen sind (EU-Mitgliedstaaten, Russland, Ungarn, Türkei etc.), deren Ziel es ist, durch engere Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen, Fortschritte bei Projekten vor allem in den Bereichen Umwelt, Bio- und Informationstechnologie zu erzielen.</p>
EUR-lex	<p>Europäische Datenbank mit sämtlichen offiziellen Dokumenten (www.europa.eu.int/eur-lex).</p>
Europäische Investitionsbank	<p>Die Europäische Investitionsbank ist die Finanzinstitution der EU. Sie finanziert Investitionsvorhaben um zu einer ausgewogenen Entwicklung beizutragen.</p>
Europäische Zentralbank	<p>Die Europäische Zentralbank legt die Geldpolitik der EU fest und führt Devisengeschäfte durch.</p>
Europäischer Forschungsraum	<p>Politische Initiative des Forschungskommissars Philippe Busquin von Januar 2000 mit dem Ziel der Annäherung der Forschungspolitiken der einzelnen Mitgliedstaaten.</p>
Europäischer Gerichtshof	<p>Der Europäische Gerichtshof wurde 1989 geschaffen um die Befolgung und einheitliche Auslegung des Gemeinschaftsrechts zu überwachen. Er entscheidet über Streitigkeiten an denen Mitgliedstaaten, Gemeinschaftsorgane, Unternehmen und Einzelpersonen beteiligt sein können.</p>
Europäischer Mehrwert	<p>Eines der grundlegenden Auswahlkriterien für die Annahme eines Projektvorschlags: Projektergebnisse sollen im Interesse der Gemeinschaft stehen, Europas Wettbewerbsfähigkeit und seinen Internationalen Markt stärken.</p>
Europäisches Parlament	<p>Das EP ist die demokratische Vertretung der Bürger der EU, die alle 5 Jahre in allgemeinen und direkten Wahlen gewählt wird. Seine wesentlichen Aufgaben sind a) die Annahme europäischer Gesetze (Richtlinien, Verordnungen und Entscheidungen) b) Einflussnahme und Endabnahme des Haushaltes und c) Kontrolle über die Kommission (Benennung der Mitglieder, Möglichkeit des Misstrauensantrags) und über die anderen Institutionen.</p>
Europäischer Rechnungshof	<p>Der Europäische Rechnungshof ist für die Rechtmäßigkeit der Einnahmen und Ausgaben der EU und ein effizientes Finanzengagement verantwortlich.</p>
Evaluierung	<p>Beurteilung eines Projektantrags.</p>
Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV)	<p>Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV): eine Rechtsform des europäischen Gesellschaftsrechts. Unternehmen und freien Berufen (z. B. Rechtsanwälten, Wirtschaftsprüfern, Steuerberatern, Ärzten, Architekten) aus der Europäischen Gemeinschaft soll hierdurch die Zusammenarbeit erleichtert werden.</p>



Externe Beratergruppen (EAG)	Siebzehn Gruppen von Fachleuten, die gegründet wurden, um die Kommission unabhängig zum Inhalt und der Ausrichtung der Forschungsmaßnahmen im Rahmen der Leitaktionen zur Umsetzung des 5. Rahmenprogramms zu beraten.
European Advisory Group	Beratungsgremium der Kommission zum Rahmenprogramm.
Exzellenznetz	Neues Instrument des 6. RP: Verflechtung herausragender Forschungseinrichtungen bzw. -institute zur Stärkung der europäischen Spitzenforschung.

F

Forschungsrahmenprogramm	Instrument der EG zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und Förderung der Forschung mit Blick auf die Bewältigung der technologischen Herausforderungen in unterschiedlichen Bereichen. Das erste Rahmenprogramm wurde 1984 aufgelegt, es wird generell im Mitentscheidungsverfahren angenommen, die Einstimmigkeit im Rat ist seit dem Vertrag von Amsterdam jedoch nicht mehr notwendig.
FTE-Tätigkeit	Forschungs- oder technologische Entwicklungstätigkeiten, einschl. Demonstrationstätigkeiten, die in den Anhängen I und III des Rahmenprogramms 2002–2006 beschrieben sind.

G

GEANT	Transeuropäisches Kommunikationsnetz, das 28 Nationen verbindet.
Geistige Eigentumsrechte (IPR, Intellectual Property Rights)	Die geistigen Eigentumsrechte bei von der EU gänzlich geförderten Projekten liegen im Normalfall bei der Gemeinschaft. Bei kofinanzierten Projekten liegen die Rechte meist bei den Projektteilnehmern.
Generaldirektion	Verwaltungseinheit innerhalb der Kommission.
Gesamtbewertungsbericht (Evaluation Summary Report)	Darstellung der Bewertung für die einzelnen Kriterienblöcke und Gründe für eine Förderempfehlung oder -ablehnung. Dieser Bericht wird den Antragstellern und zuständigen Programmausschüssen zur Verfügung gestellt.
Gemeinsame Forschungsstelle, GFS	Die „offizielle Mission“ der GFS ist kundenbezogene wissenschaftliche und technische Unterstützung für die Planung, Entwicklung, Umsetzung und Überwachung von EU-Politiken. Als Dienst der Europäischen Union fungiert die GFS als Referenzzentrum für Wissenschaft und Technik für die Gemeinschaft. Mit ihrer Nähe zum politischen Entscheidungsprozess dient sie dem Gemeinwohl der Mitgliedstaaten, sie ist unabhängig von nationalen oder privaten Interessen.

Grenzüberschreitender Zugang Aktionslinie, die europäischen Forscherteams europaweit Zugang zu großen Forschungsinfrastruktureinrichtungen ermöglichen soll.

GRID-Computing Kommunikationsnetzwerk

H

Horizontale Maßnahmen Themen, die sich gleichermaßen und programmübergreifend zu auf alle spezifischen thematischen Programme beziehen.

I

Indirekte Maßnahme Eine FTE-Tätigkeit, die ein oder mehrere Teilnehmer mittels eines Instruments des Rahmenprogramms 2002 – 2006 durch öffentliche Ausschreibung durchführen.

Instrumente Die im Anhang III des Rahmenprogramms 2002 – 2006 vorgesehenen indirekten Interventionsmittel der Gemeinschaft, mit Ausnahme von finanziellen Beteiligungen der Gemeinschaft aufgrund von Artikel 169 EG-Vertrag.

Integrierte Infrastruktur Kombinieren die Tätigkeiten, welche für den Ausbau und die Entwicklung von Forschungsinfrastrukturen zur europaweiten Leistung von Diensten erforderlich sind.

Integrierte Projekte Neues Instrument des 6. RP: Bündel von Einzelmaßnahmen mit je nach Aufgabe unterschiedlichem Umfang und Aufbau.

Interessenbekundung (Expression of Interest, Eoi) Bekundung des Interesses, an einem Projekt in einem bestimmten Bereich teilzunehmen. Es wird eine Liste der potentiellen Antragsteller erstellt, die dann eine detaillierte Bewerbung einreichen sollen.

Auch: Eine von CORDIS im Rahmen seiner Partnerdienste angebotene Einrichtung, die bei der Suche nach potentiellen Partnern für die Teilnahme am 5. Rahmenprogramm hilft. Mögliche Teilnehmer können entweder ihr „Interesse bekunden“, an einem bestimmten Programm teilzunehmen, oder aber in der umfassenden Datenbank nach möglichen Partnern Ausschau halten.

Eine Rechtsperson, die aus einem Zusammenschluss von Staaten mit Ausnahme der Gemeinschaft hervorgegangen und aufgrund eines Vertrags oder ähnlichen Rechtsaktes gegründet worden ist, über gemeinsame Organe verfügt und gegenüber ihren Vertragsstaaten eine eigenständige Völkerrechtspersönlichkeit besitzt.

Internationale Organisation europäischen Interesses Eine internationale Organisation, in der die Mehrheit der Mitglieder Mitgliedstaaten der Gemeinschaft oder assoziierte Staaten sind und deren Hauptzweck ein Beitrag zur Verstärkung der europäischen wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit ist.



Innovation Relay Center, IRC	Anlaufstelle und Netzwerk für Unternehmen und Firmen, die Zugang bzw. Vermittlung zu europäischen Technologieprojekten, -partnerschaften oder Technologietransfer suchen.
IPR-Helpdesk	Europäischer Verbund von mehreren Forschungseinrichtungen, Kanzleien und Beratungsfirmen. Dieses Netzwerk ist Anlaufstelle bei Fragen zu Eigentumsrechten, Patenten, Marken-, Urheberrechten etc., mit dem Ziel, die Nutzung und Verwertung von Immaterialgüterrechten zu fördern.
K	
Kenntnisse	Die Ergebnisse der direkten oder indirekten Maßnahmen, einschließlich Informationen, gleich, ob sie schutzfähig sind oder nicht, sowie das Urheberrecht oder die mit den genannten Ergebnissen verbundenen Rechte aufgrund der Beantragung oder eventuellen Erteilung eines Patents, eines Gebrauchs-, Geschmacksmuster- oder Sortenschutzes, eines ergänzenden Schutzzertifikats oder einer ähnlichen Form des Schutzes.
Kleine und mittlere Unternehmen (KMU)	Unternehmen, die die Kriterien der Empfehlung 96/280/EG der Kommission erfüllen (bis zu 250 Angestellten, zwischen 27 und 40 Mil. € Jahresumsatz und an denen große Unternehmen Anteile von weniger als 25 % haben).
Kollektivforschungsmaßnahme	Mittelfristige groß angelegte Forschungsmaßnahmen, die von Forschungszentren für Industrieverbände oder Unternehmensgruppen in ganzen Industriezweigen durchgeführt werden, die in Europa von KMU dominiert werden.
Kommission	<p>Die Europäische Kommission ist mit Initiativ-, Durchführungs-, Management- und Kontrollbefugnissen ausgestattet. Sie ist die Hüterin der Verträge und verkörpert das Gemeinschaftsinteresse. Die Kommission ist ein Kollegium aus 20 unabhängigen Mitgliedern (je zwei Mitglieder für Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und das Vereinigte Königreich und je ein Mitglied für jeden der übrigen Mitgliedstaaten), darunter ein Präsident und zwei Vizepräsidenten. Sie wird von den Mitgliedstaaten einvernehmlich für 5 Jahre ernannt und muss vom Europäischen Parlament, dem sie verantwortlich ist, bestätigt werden. Das Kollegium der Kommissionsmitglieder wird von einer Verwaltung aus Generaldirektionen und spezialisierten Dienststellen unterstützt, deren Bedienstete hauptsächlich in Brüssel und Luxemburg tätig sind.</p> <p>Mit der Annahme des Amsterdamer Vertrags hat die Regierungskonferenz durch eine Erklärung von der Absicht der Kommission Kenntnis genommen, eine Neugestaltung der Aufgaben innerhalb des Kollegiums vorzubereiten und parallel dazu eine Neugliederung ihrer Dienststellen in Angriff zu nehmen.</p> <p>Die neue Kommission, deren fünfjährige Amtszeit am 23. Januar 2000 begann und am 22. Januar 2005 endet, hat eine umfangreiche</p>

Verwaltungsreform eingeleitet. Ziel dieser Reform ist es, die Arbeitsweise und die Verfahren der Kommission zu modernisieren und eine wirklich kollegiale Beschlussfassung zu gewährleisten. Gleichzeitig will die Kommission verstärkt von ihren Ermächtigungen in bestimmten Bereichen (zum Beispiel in der Regionalpolitik) Gebrauch machen. Die Bedeutung, die sie der internen Reform beimisst, spiegelt sich in dem Weißbuch wider, das am 1. März 2000 angenommen wurde.

Konsensus-Verfahren	Teil des Evaluierungsverfahrens, Einigung der unabhängigen Gutachter zum Projektvorschlag.
Konsortialabkommen	Vereinbarung, die Teilnehmer einer indirekten Maßnahme zu deren Durchführung miteinander schließen. Die Europäische Kommission wird hierzu keinerlei Mustervereinbarung vorgeben, aber eine Checkliste über mögliche Inhalte veröffentlichen.
Konsortium	Die Gesamtheit der Teilnehmer ein und derselben indirekten Maßnahme.
Kooperationsforschungsmaßnahmen	Forschungsmaßnahmen, die von Forschungszentren für eine bestimmte Zahl von KMU aus verschiedenen europäischen Ländern zu Themen von gemeinsamem Interesse oder von KMU der Hochtechnologiebranche in Zusammenarbeit mit Forschungszentren und Hochschulen durchgeführt werden.
Koordinierungsmaßnahmen (CRAFT)	Maßnahmen wie die Organisation von Konferenzen, Durchführung von Studien, Personalaustausch, Entwicklung von Informationssystemen, Einsetzung von Expertengruppen.

L

Leitfaden für Antragsteller (Guide for Proposers) Lieferleistung	Beschreibung der wichtigsten Aufgaben, Vorschriften und Bedingungen für die Teilnahme an einem spezifischen Programm und deren Ausschreibung.
--	---

M

Marie-Curie-Maßnahmen	Maßnahmen im Bereich Humanressourcen und Mobilität, die in Form von Stipendien, Beihilfen und anderer Unterstützung i.d.R. im Rahmen von Forschungsprojekten die Mobilität und Forschungsausbildung von Nachwuchswissenschaftlern und erfahrenen Forschern fördern.
Meilenstein	Definiertes Zwischenziel eines Projekts.
Mindestbeteiligung	Vorschriften der Kommission über die Partneranzahl innerhalb eines Projekts.



Mustervertrag Muster einer Vereinbarung zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Teilnehmern einer indirekten Maßnahme über einen Zuschuss zur deren Durchführung. Hier sind wechselseitig Rechte und Pflichten der Gemeinschaft und der Teilnehmer dieser indirekten Maßnahme einerseits, und der Teilnehmer untereinander auf der anderen Seite begründet.

N

Nachwuchswissenschaftler Wissenschaftler mit weniger als vier Jahren Forschungserfahrungen nach der Graduierung, Förderkategorie im Bereich Humanressourcen und Mobilität/Marie-Curie-Maßnahmen („early-stage researchers“).

Nationale Kontaktstellen Nationales Beratungssystem in jedem Mitglieds- und assoziiertem Staat zu den einzelnen Programmen und Förderaktivitäten des Rahmenprogramms.

Nutzung Die direkte oder indirekte Verwendung von Kenntnissen in der Forschung oder zur Schaffung und Vermarktung eines Produkts oder Verfahrens oder zur Schaffung und Erbringung einer Dienstleistung.

Networks of Excellence s. Exzellenznetze

O

Off-Site-Begutachtung Elektronische Bereitstellung der Anträge an die unabhängigen Gutachter.

P

Partner Teilnehmer ein und derselben indirekten Maßnahme.

Politikorientierte Forschung Eine im 6. RP spezielle Maßnahme zur Bündelung und Integration der Forschung der Europäischen Gemeinschaft.

Pre-Proposal-Check Erste Einschätzung eines Projektvorschlags im wesentlichen im Hinblick auf formale Kriterien durch Einreichung eines Entwurfs bei der Kommission.

Projektstrukturplan Detaillierte Arbeits- und Zeitplanung eines Projekts, innerhalb welcher festgehalten wird, wann welche Aufgaben durch welchen Partner abgeliefert werden müssen.

Projektziel Vor Projektstart definiertes Ergebnis des Projekts.

Programmteil Unterprogramm eines Spezifischen Programms.

Programmausschuss
Gremium aus Vertretern der Mitgliedstaaten, der die Kommission bei der Durchführung eines Programms unterstützt, berät und kontrolliert.

R

Rat der Europäischen Union
Der Rat ist das wichtigste Entscheidungsorgan der EU. Er setzt sich aus Vertretern der Mitgliedstaaten auf Ministerebene zusammen, d. h. die Konstellation wird durch die fachliche Ebene bestimmt. Die wesentlichen Aufgaben des Rates sind a) Gesetzgebungsfunktion, b) Koordinierung der allgemeinen Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten, c) Schließung von Verträgen im Namen der Gemeinschaft, d) Haushaltsbefugnis (gemeinsam mit dem Parlament), e) Festlegung des Rahmens der Allgemeinen Außen- und Sicherheitspolitik, f) Verabschiedung von Maßnahmen der polizeilichen und justitiellen Zusammenarbeit in Strafsachen.

Rechtsperson
Eine natürliche Person oder eine juristische Person, die nach dem an ihrem Sitz geltenden innerstaatlichen Recht, nach Gemeinschafts- oder nach internationalem Recht gegründet worden ist, Rechtspersönlichkeit besitzt und in eigenem Namen Inhaber von Rechten und Pflichten ist.

Roadmap
Im Arbeitsprogramm festgelegte Abgabefristen für einzelne Fachgebiete bzw. Maßnahmentypen, die meist auch einen Hinweis auf das Budget enthalten.

S

Schwellenwert
Mindestpunktzahl, die für bestimmte Evaluierungskriterien erreicht werden muss.

Spezielle gezielte Forschungsprojekte (STREPS)
Forschungs- und Entwicklungsprojekte oder Demonstrationsvorhaben, die zur Erzielung konkreter Ergebnisse oder zur Erfüllung bestimmter Bedürfnisse auf europäischer Ebene führen.

Spezifische Programme
5 Bereiche des 6. RP, in denen die Thematiken des Rahmenprogramms angesiedelt sind (1) Integration und Stärkung des Europäischen Forschungsraums, 2) Ausgestaltung des Europäischen Forschungsraums, 3) Gemeinsame Forschungsstelle (GFS), 4) Kernspaltung und Kernfusion, 5) Gemeinsame Forschungsstelle Euratom.

T

Thematische Priorität
7 vorrangige Themenbereiche, die im 6. RP unter der Kategorie „Bündelung und Integration der Forschung“ angesiedelt sind.



Teilnehmer
Eine Rechtsperson, die einen Beitrag zu einer indirekten Maßnahme leistet und aufgrund dieses Beschlusses oder des Vertrags Rechte und Pflichten gegenüber der Gemeinschaft hat.

U

Unregelmäßigkeit
Ein Verstoß gegen Gemeinschaftsrecht oder die Missachtung einer vertraglichen Verpflichtung durch die Handlung oder Unterlassung einer Rechtsperson, die durch eine ungerechtfertigte Ausgabe einen Schaden für den Gesamthaushalt der Gemeinschaften oder einen von ihnen verwalteten Haushalt verursacht oder verursachen würde.

Unterausschreibung
Weitergabe bestimmter Aufgaben durch Ausschreibung des Konsortiums. Die Randbedingungen werden von der Kommission vorgegeben und kontrolliert.

Unternehmensgruppierung
Eine Rechtsperson, die sich überwiegend aus KMU zusammensetzt und deren Interessen vertritt.

V

Verbreitung (Dissemination)
Die Offenlegung von Kenntnissen durch jedes geeignete Mittel mit Ausnahme von Veröffentlichungen aufgrund der Formalitäten zum Schutz der Kenntnisse.

Die wichtigsten Punkte des Glossars sind im Text farblich gekennzeichnet.

Abkürzungsverzeichnis

3 | Integrierte Infrastruktur-Initiativen

A

AKS	Assoziierter Kandidatenstaat	ACS	Associated Candidate State
AS	Assoziierter Staat		Associated State
AStV	Ausschuss der Ständigen Vertreter	COREPER	Committee of Permanent Representatives
AWTF	Ausschuss für wissenschaftliche und technologische Forschung	CREST	Scientific and Technology Research Committee

B

BAK	Bundesweiter Arbeitskreis der EU-Referenten an Hochschulen in Deutschland		
BCR	Referenzbüro der Europäischen Gemeinschaft	CRB	Community Reference Bureau
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung		
BRITE	Basic Research on Industrial Technologies in Europe		

C

CAP	Common Agricultural Policy	GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
CAs	Koordinierungsmaßnahmen		Coordinated Actions
CEEC	Central and Eastern European Countries	MOEL	Mittel- und osteuropäische Länder
CERN	Europäische Organisation für Kernforschung		European Organisation for Nuclear Research
CIS	Community of Independent States	GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
CFSP	Common Foreign and Security Policy	GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
COM	European Commission	KOM	Europäische Kommission
CORDIS	Community R&D Information Service		
COREPER	Committee of Permanent Representatives	AStV	Ausschuss der Ständigen Vertreter



COST	Europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung		European Cooperation in the field of Scientific and Technical Research
CRAFT	Cooperative Research Action For Technology		
CREST	Scientific and Technology Research Committee	AWTF	Ausschuss für wissenschaftliche und technologische Forschung
D			
DG	Directorate General	GD	Generaldirektion
DLR	Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt		
E			
EAG	Externe Beratergruppe		External Advisory Group
EC	European Community	EG	Europäische Gemeinschaft
ECSC	European Coal and Steel Community	EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
E(D)CTP	Forschungspartnerschaft zur Durchführung Klinischer Studien		European (and Developing Countries) Clinical Trials Partnership
EEA	European Economic Area	EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EEIG	Europäische Wirtschaftsinteressen-gruppierung		European Economic Interest Grouping
EFTA	Europäisches Freihandelszone		European Free Trade Association
EFR	Europäischer Forschungsraum	ERA	European Research Area
EG	Europäische Gemeinschaft	EC	European Community
EGV	Vertrag der Europäischen Gemein-schaft		
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl	ECSC	European Coal and Steel Community
EIB	Europäische Investitionsbank		European Investment Bank
EIC	Euro Info Centres		
EIF	Europäischer Investitions Fond		European Investment Fond
EMBL	Europäisches Labor für Molekular-biologie		European Molecular Biology Laboratory
EMU	Economic and Monetary Union	WWU	Wirtschafts- und Währungsunion
EP	Europäisches Parlament		European Parliament
ERA	European Research Area	EFR	Europäischer Forschungsraum
ERA-NET	Netzwerk zur Unterstützung des Europäischen Forschungsraums		European Research Area Networks
ESA	Europäische Raumfahrtbehörde		European Space Agency
ESF	European Science Foundation	EWS	Europäische Wissenschaftsstiftung
ESO	Europäische Organisation für astro-nomische Forschung in der südlichen Hemisphäre		European Southern Observatory
ESRF	European Synchrotron Radiation Facility		
ETI	Economic and Technological Intelligence		

EURAM	European Research on Advanced Materials		
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft		European Atomic Energy Community
EWIV	Europäische wirtschaftliche Interessensvereinigung	EEIG	European Economic Interest Grouping
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum	EEA	European Economic Area
EWS	Europäische Wissenschaftsstiftung	ESF	European Science Foundation
F			
FP	Framework Programme	RP	Rahmenprogramm
FTE	Forschung und technologische Entwicklung	RTD	Research and technological Development
G			
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik	CAP	Common Agricultural Policy
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	CFSP	Common Foreign and Security Policy
GD	Generaldirektion	DG	Directorate General
GEANT	Giga Bit European Academic NeTwork		
GFS	Gemeinsame Forschungsstelle	JRC	Joint Research Center
GMES	Weltweite Umwelt- und Sicherheitsüberwachung		Global Monitoring for Environment and Security
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	CIS	Community of Independent States
H			
HCM	Humankapital und Mobilität		Human Capital and Mobility
I			
IHP	Humanpotential und Verbesserung der sozioökonomischen Wissensgrundlage		Improving the Human Potential
ILL	Max von Laue-Paul Langevin Institute		
IP	Integriertes Projekt		Integrated Project
IPR	Geistige Eigentumsrechte		Intellectual Property Rights
IRC	Innovation Relay Centre		
IRE	Netzwerk innovativer Regionen in Europa		Innovating Regions in Europe
IST	Benutzerfreundliche Informationsgesellschaft		Information Society Technologies
ITRE	Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie		Committee on Industry, External Trade, Research and Energy
J			
JRC	Joint Research Centre	GFS	Gemeinsame Forschungsstelle
K			
KMU	Kleine und Mittlere Unternehmen	SME	Small and Medium Enterprise



KOM	Europäische Kommission	COM	European Commission
KoWi	Koordinierungsstelle EG der Wissenschaftsorganisationen		
M			
MC	Marie Curie		
MOEL	Mittel und Osteuropäische Länder	CEEC	Central and Eastern European Countries
MS	Mitgliedstaat		Member State
N			
NCP	National Contact Point	NKS	Nationale Kontaktstelle
NoE	Exzellenznetzwerk		Network of Excellence
NKS	Nationale Kontaktstelle	NCP	National Contact Point
P			
PA	Programmausschuss	PMC	Programme Management Committee
PMC	Programme Management Committee	PA	Programmausschuss
R			
RP	Rahmenprogramm	FP	Framework Programme
RTD	Research and technological Development	FTE	Forschung und technologische Entwicklung
S			
SME	Small and Medium Enterprise	KMU	Kleine und Mittlere Unternehmen
SP	Spezifisches Programm		Specific Programme
SSA	Spezifische Unterstützungsmaßnahmen		Specific Supported Actions
STREPS	Spezifische gezielte Forschungsprojekte		Specific Targeted Research Projects
T			
TP	Thematische Priorität		
V			
VDE	Verband der Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnik		
VDI	Verein Deutscher Ingenieure		
W			
WEU	West Europäische Union		West European Union
WWU	Wirtschafts- und Währungsunion	EMU	Economic and Monetary Union

Stichwortverzeichnis

A

Abfallbehandlung	23 f.
Abfallvermeidung	93 f.
ADVENTURE-Projekte	56
Aeroakustik	26
Aerodynamik	26
AIDS/HIV	13 ff.
ALTENER	37
Alternative Kraftstoffe	36
Amsterdamer Vertrag, Vertrag von Amsterdam	6, 8
Artikel 163 EGV	6
Artikel 164 EGV	6
Artikel 166 EGV	6
Artikel 167 EGV	6
Artikel 169 EGV	6
Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften	11, 105, 115
Anhörung (Hearing)	107
Antragstellung	114 ff.
Antragsverfahren	105 ff.
Arbeitsplan	118
Arbeitsprogramm (Work Programme)	11, 18, 105
Artenvielfalt	45
Aquakulturen	30
Assoziierte Staaten	62 ff.
Auditcertifikate (Prüfbescheinigung)	111
Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen	105
Ausschreibung	115
Ausbildung	70 ff.
Ausbildungsmaßnahmen	74
Ausbildungszentren	71
Ausgestaltung des Europäischen Forschungsraums	8 f., 16, 70
Ausschlusskriterien (Eligibility criteria)	106 f.
Ausschreibung	11, 115
Ausschreibungstext	114 f.
Auswahlkriterien	107 ff.
Auswahlverfahren	105 ff.

B

BAK (Bundesarbeitskreis der EU-Referenten)	127
Balkan-Staaten	63 f.
Behinderte	12
Beitrittskandidaten	62 ff.
Bekämpfung schwerer Krankheiten	13
Benutzerfreundliche Informationsgesellschaft	16
Beratung	122 ff.
Beratungsstruktur	122 ff.
Beteiligungsregeln	7, 104, 106
Bewertungshandbuch (Evaluation Manual)	107, 114
Bewertungsliste (ranking-list)	107
Biologische Vielfalt/Diversität	30, 40
Biotechnologie	12, 30 ff.
Biowissenschaften	12 ff.
BRITE (Basic research on Industrial Technologies in Europe)	20
Budget	11
Bündelung und Integration der Forschung	8, 34, 54, 64
Bürger und Staat in der Wissengesellschaft	48 ff.

C

CERN	90
CIVITAS	40
CO ₂ -Emissionen	37, 39, 92
COOPENER	37
CORDIS	126
COST	90
CRAFT	8, 58 ff.



D

Deliverables	108
Demokratie	50
Desertifizierung	29
Design-Studien	80 f.
Direkte Maßnahme/Aktionen	103
Doktoranden(ausbildungszentren)	71 ff.
Drittländer/Drittstaaten	37, 62 ff., 74
Durchführung des RP	98 ff.

E

e-Europe	17, 52, 81
EIC (Euro Info Centres)	128
Eigentumsrechte	112 f.
Einstufiges Antragsverfahren	105
EMBL	90
Emissionen	26, 39, 45
Energie	34 ff., 52, 64
Energiesysteme	34 ff.
Entwicklungsländer	13, 63
Entwicklungsprogramm	74
ERA-NET	90 ff.
Erfahrene Forscher	72 ff.
Ernährung	30
Erneuerbare Energien	36, 64
ESA	27, 90
ESF	90
EU-Erweiterung	6
EURAM (European Research on Advanced Materials)	20
EURATOM	92 ff.
EU-Büro	125
EU-Referenten	127
EUREKA	90
Europäischer Forschungsraum	6 ff., 34, 66 ff.
Europäischer Mehrwert	7, 9 f.
Evaluierung	106
Evaluierungshandbuch	115
Evaluierungskriterien	100, 102
Expression of Interest,	
Interessenbekundung	106
Externe Beratergruppen	107
Exzellenznetze, Networks of Excellence	7, 10, 98 ff.

F

F+E	6 ff., 36, 98 ff.,
Finanzierungsmodalitäten	110 f.
Fischerei	30, 40

Flugverkehrsmanagementsystem	26
Flugverkehrssystem	26
Flugzeuge	26
Forscherausbildungsnetze	78 f.
Forschung und Innovation	9, 66 ff.
Forschungsdienstleister	58
Forschungsinfrastrukturen	9, 80 ff.
Forschungsrahmenprogramm	7
Forstwirtschaft	30, 44
Fossile Brennstoffe	37
Fossile Energieträger	35
Frauen	51 f., 83 ff.
Fotonik	18
Fotovoltaik	37, 64
FTE	6 ff, 36, 98 ff.

G

GALILEO	28, 40
GEANT	9, 16, 91
Gebrauchsmuster	112
Geistige Eigentumsrechte (IPR, Intellectual Property Rights)	112 f.
Geisteswissenschaften	48, 90
Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)	52
Gemeinsame Fischereipolitik (GFP)	52
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)	64
Genomik	12 ff.
Geschäftsflugzeuge	26
Geschmacksmuster	112
Gesundheit	12 f., 23, 30, 34, 39, 52, 63 f.
Gesundheitswesen	12
Gezielte Unterstützungsmaßnahmen	98 ff.
Globale Veränderungen/Wandel	44
Göteborg (-Beschluss)	34,39
GMES-Plattform	28, 45, 47
Grenzüberschreitende Kooperation/ Zusammenarbeit	67
Grenzüberschreitender Zugang	80
GRID	9, 16, 80
Gründerzentren	67
Grundlagenforschung	12 f.
Grundprinzipien des RP	7
Grundrechte	50
Gutachter	107

H

Hardwaretechnologie	17
Hearing (Anhörung)	109
HIV/AIDS	13 ff.

Horizontale Maßnahmen	8	Konferenzen und Lehrgänge	74
Hubschrauber	26	Konsortialabkommen	109
Humankapital und Mobilitäten, H&M	70	Konsortium	116 f.
Humanressourcen	9, 70 ff.	Konzertierte Aktionen	102 f.
Hybridtechnologien	23	Kooperationsforschungs-	
Hydrologie	64	maßnahmen	8
I		Koordinator	117
Immissionen	26	Koordinierungsmaßnahmen	9 f., 102 f.,
Improving the Human Potential IHP	70	Kostenkalkulation	117
Indirekte Aktionen/Maßnahmen	103	Kostenmodelle	110 f.
Individualmaßnahmen	72 ff.	Krebs	13 f.
Individualstipendien	70 ff.	Kulturelles Erbe	45, 50, 64
Informationstechnik	16	Künftiger Wissenschafts- und Tech-	
Informationstechnologie	23 f.	nologiebedarf (NEST)	56 f., 62
Infrastrukturmaßnahmen	105	Kyoto(-Ziele)	26, 35, 40, 44
Innovating Regions in Europe (IRE)	67	L	
Innovation	64 ff.	Land- und Forstwirtschaft	30, 44
Innovation Relay Centre (IRC)	128	Landnutzung	45 f.
INSIGHT-Projekte	56	Landverkehr	39
Instrumente	7, 10, 98 ff.	Landwirtschaft	30, 44
Integrierte Infrastruktur Initiativen (3 I)	81	Lärm(schutz)	26
Integrierte Projekte	7, 10, 98 ff.	Lärmemissionen	39 f.
Intellectual Property Rights (IPR)	112 f.	Lebensmittelqualität	12, 30 ff.
Intelligente Energien	37	Lebensmittelsicherheit	12, 30 ff., 63
Intelligente Fertigungssysteme	23	Lebenswissenschaften	12 ff.
Interessenbekundung		Lehrstühle	76
(Expression of Interest, EoI)	106	Leitfaden für Antragsteller	
Internationale Zusammenarbeit		(Guide for Proposers)	115
(INCO)	8, 62 ff	Lieferleistung	110
IPR-Helpdesk	129	Luftfahrt	26 ff.
IRC (Innovation Relay Centres)	128	Luftschadstoffe	45
IST	16 ff.	Luftverschmutzung	39
K		M	
Katastrophenschutz	12, 28	Malaria	13 ff.
Kernenergie	92 ff.	Marie-Curie-Ausbildungsnetze	70 ff.
Kernspaltung	92 ff.	Marie-Curie-Maßnahmen	70 ff.
Kleine und mittlere Unternehmen		Maßnahmen zur Förderung und	
(KMU)	24, 58 ff., 62, 67, 74, 98 ff., 116	Anerkennung von Exzellenz	72 f.
Klima	45	Medizin	12, 94
Klimawandel/änderung	34, 37, 44, 46 f.	Meilensteine	108
Know-How	112	Meerestechnologien	40
Kollektiv- und Kooperations-		Menschenrechte	50
forschung	8, 58 ff., 104	Mikroelektronik	18
Kommunikationsnetz	18, 81	Mikrosysteme	18
Kommunikationssysteme	18, 27	Mikrotechnik	18
Kommunikationstechnik	16	Mitentscheidungsverfahren	11
Kommunikationstechnologie	23	Mittelmeerstaaten	63



Mobilität	39, 70 ff.
Mobilitätsmaßnahmen	71
Mobilitätszentren	77
Mustervertrag	108 f., 115 f.

N

Nachhaltige Entwicklung	34 ff., 44, 52, 63
Nachhaltigkeit	40
Nachwuchswissenschaftler	70 f.
Nanoelektronik	18
Nanotechnologien	20 ff.
Nanowissenschaften	20 ff.
Nationale Kontaktstellen (NKS)	11, 122 ff., 130f.
Naturkatastrophen	45
Navigationsystem	27
NEST (Künftiger Wissenschafts- und Technologiebedarf)	52 f., 62
Neue Unabhängige Staaten	63
Nuklearanlagen	92
Nukleare Sicherheit	93
Nuklearwissenschaften	95
Nutzungsregeln	112 f.

O

Offener Aufruf	106
Ökologischer Landbau	31
Ökosysteme	30, 40, 45 f., 63
Off-Site-Begutachtung	107
Optoelektronik	18

P

Panel-Sitzung	107
Partner	116 f.
Patente	112
PATHFINDER-Initiativen	56 f.
Peer-Review-Verfahren	115
Pflanzenforschung	31
Politikorientierte Forschung	52 ff.
Preise (f. Forscher)	76 f.
Pre-Proposal-Check	106
Produktionsanlagen	20 ff.
Produktionskette	30
Produktionsverfahren	20 ff.
Programmausschuss	11, 106
Projektmanagement	100, 114 ff.
Projektvorbereitung	114
Prüfbescheinigung (Auditzertifikat)	111

R

Radioaktive Abfälle	92 f.
Radioaktivität	94
Ranking-Liste	107
Raumfahrt	27 ff.
Reaktorsicherheit	93
Regionalflugzeuge	26
Ressourcennutzung	23
Roadmap	106 f., 114
Robotertechnik	23
Rohstoffforschung	21
Rückkehr- und Wiedereingliederungs- mechanismen	72 ff.
Russland	63

S

Satellitengestützte Systeme	27
Satellitenkommunikation	28
SAVG	37
Schadstoffemissionen	35, 39
Seeverkehr	39
Sensoren	28
Sensortechnologie	23
Softwaretechnologie	17
Sozioökonomie	48 ff.,
Spezifische Programme	7 f., 11
spezifische gezielte Forschungstechnologie	10, 102
Spezifische Unterstützungsmaßnahmen	103
Stärkung der Grundpfeiler des Europäischen Forschungsraums	8
STEER	37
Steuerungstechnologie	23
Stipendien	70 ff., 106
Strahlenschutz	92 ff.
Strategie für nachhaltige Entwicklung	
STREPS, Specific Targeted Research Projects (spezifische gezielte Forschungsprojekte und Koordinierungsmaßnahmen)	10, 98 ff.
Struktur des RP	6 ff.
Systemforschung	23

T

Technologien für die Informationsgesellschaft (IST)	28 ff.
Technologietransfer	67
Technologiezentren	67
Teilnahmemöglichkeiten	103 ff.
Thematische Prioritäten	8
Thematische Prioritäten 1	12
Thematische Prioritäten 2	16
Thematische Prioritäten 3	20
Thematische Prioritäten 4	26
Thematische Prioritäten 5	30
Thematische Prioritäten 6	34
Thematische Prioritäten 7	48
Tierernährung	32
Tierforschung	31
Treibhausgas/(emissionen)	45 f.
Tuberkulose	13 ff.

U

Überwachungssystem	27
Umwelt	23, 30, 34 ff., 39, 44, 52, 64
Umweltmanagement	29
Umweltschutz	94
Unterausschreibung	106
Unterstützungsmaßnahmen	56, 103
Urheberrechte	112 f.

V

Verkehr	39 ff., 52
Verkehrsflugzeuge	26
Vertrag	34 ff., 108 f.
Vertrag von Amsterdam	s. Amsterdamer Vertrag
Vertragsmodalitäten	108 ff.
Verwertungsregeln	112 f.

W

Wasserstofftechnologien	37
Wassersysteme	46
Weltraum	27
Werkstoffe	18, 20 ff., 26
Wissenschaft und Gesellschaft	9, 82 ff.
Wissensgesellschaft	48 ff., 82 ff.
Wissensmanagement	17
Wissenstransfer	74, 78
Wüstenbildung	45

Z

Zahlungsmodalitäten	110 f.
Zweistufiges Antragsverfahren	105



Bildnachweis

Titelbild Weber Shandwick

S. 4 Bild 1 Weber Shandwick

Bild 2 Photo Disc

Bild 3 Photo Disc

Bild 4 SIEMENS

Bild 5 Airbus Deutschland

Bild 6 MEV

Bild 7 MEV

Bild 8 Photo Disc

Bild 9 digitalvision

Bild 10 Photo Disc

Bild 11 digitalvision

Bild 12 European Commission

Bild 13 Photo Disc

Bild 14 Photo Disc

Bild 15 Weber Shandwick

Bild 16 European Commission

Bild 17 Photo Disc

Bild 18 digitalvision

Bild 19 Weber Shandwick

S. 18 Photo Disc

S. 20 SIEMENS

S. 22 P. Fromherz, MPI Biochemie, Martinsried

S. 28 Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR) Oberpfaffenhofen

S. 30 MEV

S. 32 Audiovisual Library European Commission

S. 34 MEV

S. 36 Forschungszentrum Jülich

S. 40 TÜV-Akademie Rheinland GmbH, Projektträger Mobilität, Verkehr, Bauen und Wohnen des BMBF

S. 42 European Commission



- S. 42 European Commission
- S. 44 „Globale Veränderung und nachhaltige Landschaftsentwicklung“, Zentrum für Agrarlandschafts- und Landnutzungsforschung e.V. (ZALF)
- S. 46 „Küstengebiete Europas“, BMBF-Broschüre „KFKI – 25 Jahre Forschung im Küsteningenieurwesen“
- S. 48 Photo Disc
- S. 52 digitalvision
- S. 58 Photo Disc
- S. 62 digitalvision
- S. 63 European Commission
- S. 66 European Commission
- S. 70 Photo Disc
- S. 80 Photo Disc
- S. 82 Weber Shandwick
- S. 90 European Commission
- S. 92 Photo Disc
- S. 94 Photo Disc
- S. 97 Projektträger des BMWA für Wassertechnologie und Entsorgung, Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe mbH
- S. 98 digitalvision
- S. 122 Weber Shandwick
- S. 132 Weber Shandwick
- S. 144 Weber Shandwick
- S. 148 Weber Shandwick
- S. 154 Weber Shandwick



Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit vom Bundesministerium für Bildung und Forschung unentgeltlich abgegeben. Sie ist nicht zum gewerblichen Vertrieb bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.